Nr. 68. Breslau, den 26. August 1911. 9. Jahrgang.

# Ostdeutsche Bau-Zeitung

Verlag Paul Steinke, Breslau I □ Sandstr. 10 a Fernsprecher 3775 u. 71. | Erscheint jeden Mittwoch u. Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,— Mark. □ | Schriftl.: Arch. Prof. Just und Bauing. Martin Preuß, beide in Breslau. □

**Inhalt:** Farbige Behandlung von Natur- und Kunststeinen. — Geschäfts- und Wohnhaus. — Stadthallen. — Bericht über den Bezirkstag des Innungs-Bezirks-Verbandes Posenscher Baugewerksmeister. — Verschiedenes. — Handelsteil.

## Farbige Behandlung von Natur- und Kunststeinen.*)

Die nicht nur dem Laien, sondern auch den meisten Fachleuten geläufigen, erst in neuerer Zeit geprägten Begriffe der „echten" und „unechten" Baustoffe sind zwar keineswegs so eng umgrenzt, daß man eine klare Vorstellung damit verbinden könnte. Immerhin aber sind sie vorhanden, und man muß bei näherer Betrachtung die überraschende Wahrnehmung machen, daß für beide Gruppen hinsichtlich der bei ihrer architektonischen Gestaltung als zulässig erachteten Mittel ganz verschiedene Grundsätze aufgestellt zu werden pflegen. Dies gilt ganz besonders in bezug auf die Farbe, welche man nach den allgemein üblichen Anschauungen zwar unbedenklich beim Beton, Putz, allen Weichholzarten usw. keinesfalls aber etwa beim Sandstein, Eichenholz und anderen ähnlich bewerteten Baustoffen ohne weiteres verwenden würde. Der Grund für solche Gepflogenheiten liegt nicht nur in einer überängstlichen, wenngleich schätzenswerten Wahrheitsliebe, sondern hauptsächlich auch in einer vollständigen Verkennung der Zweckbestimmung der Baustoffe, welche zunächst rein technische Aufgaben zu erfüllen haben. Wenn hierbei die ihnen von Natur eigene Farbe den künstlerischen und schönheitlichen Anforderungen nicht genügt, so handelt der Architekt zweifellos mit voller Berechtigung, wenn er — wie es bekanntlich schon die alten Griechen taten — zur Anwendung der Farbe seine Zuflucht nimmt. Dies ist bei uns erfahrungsmäßig viel häufiger erforderlich als auf den ersten Blick scheinen möchte, da nur wenige der am meisten verbreiteten und deshalb wohlfeilen Natursteine eine architektonisch unmittelbar verwendbare Farbe besitzen. Die zwar farbenprächtigen, aber für gewöhnliche Verhältnisse viel zu teuren Marmorarten kommen hierbei naturgemäß nicht in Betracht. Unsere mit Rücksicht auf ihre Wohlfeilheit am häufigsten verarbeiteten einheimischen Sandsteinarten, welche außer dem roten Kyffhäuser- und dem roten und grünlichen Main-Sandstein nur in grauen, gelblichen und bräunlichen Tönen (Weser-Sandstein) mit dunkleren Adern, also in einer Farblosigkeit auftreten, welche architektonisch nur selten befriedigen wird, können einer farbigen Behandlung schwerlich entraten. Tatsächlich kommt denn auch der Sandstein für die künstliche Nachfärbung hauptsächlich in Frage. Bei dem vor nicht langer Zeit eingeweihten neuen Rathause in Dresden hat man folgerichtig alle Sandstein-Pfeiler und Türumrahmungen nebst Kartuschen grün gestrichen und mit weißen Licht- und schwarzen Schattenlinien versehen. Die dadurch erreichte Wirkung ist um so augenfälliger, als die Sandstein-Pfeiler der Eingangshalle teilweise nur mangelhaft beleuchtet und erst durch die farbige Behandlung zur Geltung gebracht worden sind. Allen wegen dieser für die Allgemeinheit neuartigen und deshalb fremden Behandlungsweise laut gewordenen mißfälligen Äußerungen ist der Architekt Roth mit dem richtigen Hinweise entgegengetreten, daß die farbige Stimmung von Innenräumen nicht abhängen dürfe von der Naturfarbe eines nur seiner Festigkeit wegen gewählten Baustoffes. Von älteren Beispielen mögen erwähnt sein das Neue Palais in Potsdam mit gelbgefärbtem Sandstein und das alte Gebäude der ehemaligen Kunstakademie in Berlin, dessen Architekturteile noch heute roten Anstrich zeigen.

*) Es handelt sich hierbei um Kunststeine im weitesten Sinne, also nicht nur um künstliche Bausteine, sondern auch um künstliche steinartige Baustoffe.

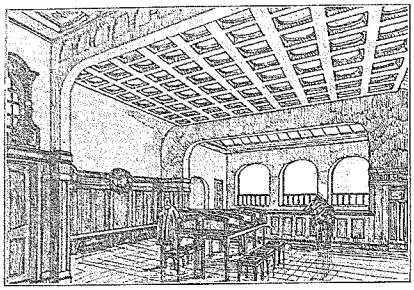
Der Umstand, daß bei Anwendung der Farbe alle etwaigen Zufälligkeiten in der Färbung des Natursteines bedeutungslos werden, ist insofern ein nicht zu unterschätzender Gewinn, als dadurch jede peinliche Auswahl unter den vorhandenen Rohblöcken vermieden und eine nicht unerhebliche Ersparnis an Baustoff und Kosten erreicht wird. Selbstverständlich soll bei Anwendung der Farbe keineswegs dem leider auch heute noch vielfach geübten Verfahren der Vortäuschung irgend eines Baustoffes das Wort geredet werden.

Was die praktische Ausführung der Anstriche*) anlangt, so kommen bei Innenräumen alle zur Verfügung stehenden Wasserfarben mit geeignetem Bindemittel (Leim, Kasein usw.) in Frage, während bei Außenanstrichen naturgemäß auf ausreichende Wetterbeständigkeit Rücksicht genommen und hiernach die Auswahl getroffen werden muß. Kasein- und Mineralfarben leisten hierbei gute Dienste, wenngleich von einer unbedingten Wetterbeständigkeit in unserem rauhen Klima weder überhaupt, noch auch bei den erwähnten Farben die Rede sein kann. Selbstverständlich ist Ölfarbe auf alle Fälle ausgeschlossen.

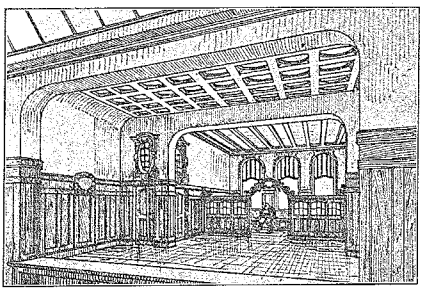
Hinsichtlich der farbigen Behandlung von Natursteinen verdient noch die Bemalung von verschieferten Gebäude-Ansichten erwähnt zu werden, welche in dem als Mittelpunkt der deutschen Dachschieferbetriebe bekannten Städtchen Lehesten zu Hause war, bzw. noch ist. Da der Schiefer dort von jeher nicht nur zur Eindeckung der Dachflächen, sondern insbesondere auch zur Bekleidung der Außenwände dient, mußten die Gebäude infolge der vorherrschenden eintönigen Farbe des Schiefers naturgemäß einen toten Eindruck hervorrufen. Diesen Übelstand beseitigte in glücklicher Weise die etwa seit dem 18. Jahrhundert eingeführte reiche Bemalung der Schieferflächen und zwar in vorherrschend weißen, silberfarbig erscheinenden Käsefarben, welche sich als ausreichend wetterbeständig erwiesen und bis heute nahezu unverändert erhalten haben. Leider wird die Bemalung, welche sich ehedem namentlich auf Betonung der Fenster-Umrahmungen und schmückende Belebung der Wandflächen durch eingestreute farbige Muster erstreckte, gegenwärtig nur noch vereinzelt ausgeübt. Wenngleich der Umstand, daß die alten bemalt gewesenen Schieferhäuschen infolge Mangels von Brandmauern nach und nach durch Feuer zerstört worden sind, hierbei insofern schwer ins Gewicht fällt, als damit die für die Ausübung und Pflege dieser Schmuckweise wertvollen Vorbilder verloren gingen, so darf doch nicht verschwiegen werden, daß leider die rücksichtslosen Bestimmungen der Feuerversicherungs-Gesellschaften die Verwendung des Schiefers für Wände nahezu unmöglich machen und dadurch gleichzeitig dem Wiederaufleben der alten heimischen Malweise entgegenarbeiten.

Wie bereits eingangs betont, pflegt die farbige Behandlung von Kunststeinen ganz im Gegensatz zu den oben besprochenen Anschauungen über die Anwendung der Farbe bei Natursteinen von der Allgemeinheit als etwas Selbstverständliches hingenommen zu werden. In Betracht kommen hierbei alle aus Kunststeinen (Brandsteinen, Beton, Kalksteinen usw.) mit oder ohne Verputz (Stuck) hergestellten Bauteile, als Mauern, Säulen, Pfeiler usw., gleichviel ob innen

*) Zur Zeit des griechischen Stiles wurden — wie an den auf uns gekommenen Resten von Bemalung festgestellt werden konnte — die Farben bei Marmorbauten mit Wachs eingebrannt, während man sie bei porigen Steinarten über eine Putzschicht aus Kalk auftrug. Das Auflegen des Blattgoldes erfolgte mittels Eiweiß oder Hausenblase.



Verkehrsraum und Buchhalterei.



Verkehrsraum und Warteraum.

## Geschäfts- und Wohnhaus.

Architekt Kayser in Steglitz. (Abbildungen auf Seite 538, 540, 541 und 543.)

Der hier dargestellte Entwurf bildete die Lösung eines Preisausschreibens und stand zur engeren Wahl.

Bei der Grundrißanordnung wurde auf ein symmetrisches Bild der eingebauten Fassade Wert gelegt. Im Erdgeschoß und einem Teil des Kellergeschosses sind die Geschäftsräume — es handelte sich hier um einen Vorschußverein — untergebracht.

Da der Verkehrsraum auf 200—250 Besucher einzurichten war, wurden Zugang und Abgang getrennt angeordnet, ebenso wurde für das Personal und die Wohnungstreppe je ein besonderer Eingang angenommen.

Das Grundstück ging nach einer zweiten Parallelstraße hinaus und es lag nahe, durch Anordnung einer Nebentreppe dem Personal hier einen zweiten Ein- und Ausgang zu geben.

Die Buchhalterei erhielt neben reichlicher Fensteranlage noch ein durchgehendes Oberlicht, was für den Verkehrsraum wesentlich ist. Der letztere ist durch eine hohe dunkle Wandverkleidung mit bescheidener Schnitzerei ausgezeichnet; die Wand darüber ist gelblichbraun getönt und führt an den Kurzseiten durch eine verbindende Voute zu einer kassettierten Stuckdecke, deren Kassetten die Beleuchtungskörper tragen. Der Warteraum ist durch einen zierlichen Einbau in Holz abgeteilt. Zur Anbringung von Bänken ist somit reichliche Gelegenheit gegeben.

Eine Treppe aus dem Tresor führt zu den Safes, dem Wertsachenraum und dem Archiv; dieser Geschäftsteil ist vollkommen von dem übrigen Keller getrennt.

Die Wohnungen sind ohne weiteres klar.

Die Hauptschauseite zeigt einfache ernste Formen. Gesimse, Fensterumrahmungen und die mit Bildwerk geschmückten Teile sind in Sandstein angenommen.

oder außen. Die praktische Ausführung hat nach den bei Bemalung von Natursteinen, unter Berücksichtigung etwaiger Einwirkung frischen Putzes auf die Farbstoffe, geltenden Grundsätzen zu erfolgen. Daß es auch hierbei keineswegs etwa auf die Vortäuschung von Natursteinen abgesehen werden kann, mag nur beiläufig erwähnt werden. Immerhin

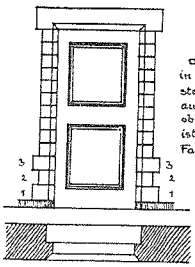



Abb 1

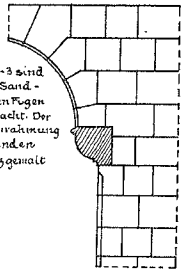



Abb. 2.

darf die Farbe als ein natürliches Mittel gelten, um Natur- und Kunststein zusammen zu stimmen, welche bekanntlich aus Sparsamkeitsgründen sehr häufig in einem Raum — namentlich in Treppenhäusern, Hallen usw. — nebeneinander Verwendung finden. Will man z. B. eine Türumrahmung in ihrem unteren Teile der Haltbarkeit wegen aus Sandstein herstellen, so ist gegen eine entsprechende farbige Behandlung des oberen, etwa aus verputztem Brandstein-Mauerwerk hergestellten Teiles, unter Berücksichtigung der durch die Sandstein-Werkstücke gegebenen Fugenteilung, nichts einzuwenden. (Abb. 1.) Ähnliche Fälle sind in mannigfacher Abwandlung denkbar. So zeigt z. B. Abb. 2 einen in Haustein angefertigten Gurtbogen-Anfänger, bzw. -Widerlager (in der Zeichnung schraffiert), welches mit der Putzfläche durch aufgemalte Fugen und entsprechende Tönung des Werkstückes sowohl wie der Wandfläche selbst zu einheitlicher Wirkung verschmolzen ist.

Daß auch die farbige Behandlung von Kunststeinen keineswegs neu ist, beweisen die auf uns gekommenen Reste von bemalten äußeren Ziegelmauerflächen in roten Tönen mit weiß abgesetzten Fugen, ein Verfahren, welches in manchen Gegenden Deutschlands, namentlich in den norddeutschen Küstenländern, sowie auch in Holland noch heute geübt wird. Besonders bemerkenswerte Funde wurden bei der vor einigen Jahren erfolgten Wiederherstellung der Andreas-Kapelle in Rathenow, einem gotischen Backsteinbau gemacht, dessen Wandflächen roten Anstrich mit weiß abgesetzten Fugen zeigten, während der aus mehreren gegliederten Schichten bestehende Hauptsims nebst darunter liegendem Fries weißen Anstrich erkennen ließ. Zur Erzeugung des roten Anstrichs der Mauerfläche war Englisch-Rot oder Caput mortuum mit Kalk, Milch, Käse, Heringslake usw. als Bindemittel, für das Absetzen der Fugen gewöhnlicher Weißkalk verwendet worden. In der Uckermark ist die Verwendung von Caput mortuum mit Heringslake und Kalkmilch für die Fugen bei der Auffrischung von Gebäude-Schauseiten allgemein gebräuchlich. Der Vollständigkeit halber mag noch die weit verbreitete Sitte erwähnt werden, Ziegeldachflächen bei größeren Ausbesserungsarbeiten zur Erzielung eines einheitlichen Farbtones durchweg mit Bolus zu überstreichen.

Lautensack, Regierungsbaumeister a. D.

## Stadthallen.

Das rasche und starke Wachstum der Großstädte, ja der Städte überhaupt, ist der Grund, Bauten zu Versammlungen und Gesellschaften zu errichten, für welche ehedem kein Bedürfnis vorlag. Es fehlt zwar in unsern Städten nicht an großen Einzelräumen für einen bestimmten Zweck, wie z. B. Sommertheater, Konzerthäuser, Klubräume usw.; allein diese Sonderzwecken dienenden Bauten genügen nicht. Die heutige gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwickelung verlangt möglichst unter einem Dache mehrere große und kleine Säle und Räume zu Beratungen, Versammlungen, Musikaufführungen und sonstigen Veranstaltungen. Gesellschaften, Vereine und Veranstalter von Unternehmungen aller Art wollen nicht von der Laune eines einzelnen Saalinhabers abhängig sein und dem konkurrenzlosen Besitzer schier unerschwingliche Preise für Saalmiete usw. zahlen, sondern in traulichen Räumen preiswert gut aufgehoben werden.

So ist die Idee der Stadthallen verwirklicht worden, wodurch die Stadt Trägerin eines Unternehmens wird, das von der gesamten Bürgerschaft getragen und allen Kreisen zugänglich gemacht werden soll. Wir finden heute bereits in zahlreichen größeren Städten Stadthallen, so in Mannheim, wo der von der Stadt erbaute „Rosengarten" 3½ Millionen Mark gekostet hat. Der Bau enthält zugleich das großherzogliche Hof- und Nationaltheater. Der „Ausstellungspalast" in Dresden kostete auch 2,35 Millionen Mark. Düsseldorf verausgabte für seine „Turnhalle mit Weinkellerei" 2,13 Millionen Mark. In Elberfeld finden wir die „Johannisburg" für 2,01 Millionen Mark, in Stuttgart die „Liederhalle". Diesen ziemlich hohen Ausgaben für Stadthallen stehen geringere für dieselben Zwecke gegenüber in Karlsruhe, wo für „Festhalle und Zoologischen Garten" nur 900 000 Mark und in Mainz, wo die „Stadthalle" 718 000 Mark gekostet hat. Das „Spiel- und Festhaus" in Worms hat 614 000 Mark Kosten verursacht und ist mit einem Theater verbunden. Im Osten finden wir Stadthallen in Dirschau und Königsberg.

So weit sich übersehen läßt, sind die finanziellen Ergebnisse des Stadthallenbetriebes nicht besonders günstig. Man scheint aber an den meisten Orten, wo bereits Stadthallen erbaut sind, die finanziellen Opfer gegenüber den mannigfachen Vorzügen der städtischen Unternehmungen ohne ernsteres Widerstreben zu bringen. Vielfach kommt der Bau von Stadthallen derart zustande, daß sich besondere Gesellschaften bilden, welche die Stadt für ihre Zwecke heranziehen und dieser ganz bestimmte Zugeständnisse machen.

Unter solchen Bedingungen ist z. B. auch die Stadthalle zu Dirschau entstanden. Ende April 1911 hielten die Gesellschafter ihre erste Generalversammlung ab, in der 42 Gesellschaften vertreten waren. Dirschau hat nach der letzten Volkszählung vom 1. Dezember 1910 16 896 Einwohner und kann als mäßige Landstadt bezeichnet werden. Die Kosten für den Neubau der Stadthalle, den Ankauf der Gärten und Grundstücke belaufen sich auf rd. 370 000 Mark. Davon wurden von den Gesellschaftern (Stadt, Staat, Vereine und Privatpersonen) 240 000 Mark aufgebracht, zur Deckung des Restes 130 000 Mark von der Dirschauer Sparkasse als Hypothek aufgenommen, welche mit 4½ v. H. verzinst und abgezahlt wird. Die Pacht soll zur Verzinsung, Tilgung des Kapitals und zur Bestreitung sämtlicher Unkosten ausreichen. Ob sich die Sache so glatt abwickeln wird, bleibt abzuwarten.

Seit Mai 1907 ist auch in der alten Hansastadt Danzig eine Bewegung für Erbauung einer Stadthalle im Gange. Es hat sich zu diesem Zwecke eine Aktiengesellschaft gebildet, die indessen nur ein verhältnismäßig geringes Kapital (250 000 Mark) aufgebracht hat, so daß die Hauptlasten auf die Stadt abgewälzt werden sollen. Anfangs sollte der Stadthallenbau etwa 700 000 Mark, dann 900 000 Mark und später 1 250 000 Mark kosten. Nach dem letzten Plane sollen 5 kleinere Säle von 9×11 m, 10×13 m, 12×18 m, 15×22 m erbaut werden und 2500 Personen im Hauptsaale Raum haben. Der Baugrund wird von der Stadt unentgeltlich verlangt. Dieser Plan ist in der Stadtverordnetenversammlung von den Gegnern wiederholt als zu kostspielig und zu groß bekämpft worden. Die Mehrheit hatte sich nun zunächst für ein Preisausschreiben zur Gewinnung von Entwürfen für eine Stadthalle in Danzig entschieden, und so ist demzufolge vom Magistrat in der zweiten Aprilhälfte 1911 unter den im Deutschen Reiche ansässigen deutschen Architekten ein Wettbewerb ausgeschrieben. Zur Verteilung gelangen ein erster Preis von 6000 Mark, ein zweiter von 4000 Mark und ein dritter Preis von 2500 Mark.

Die Stadthalle soll auf dem vor dem Königlichen Polizeipräsidium gelegenen Platze erbaut werden. Die Baustelle hat eine Größe von 13 540 qm bei einer Länge von etwa 190 m und bei einer Breite von etwa 93 m. Natürlich muß die nächste Umgebung berücksichtigt werden. Südwestlich erhebt sich hinter dem Radaunekanale der Bischofsberg als Ausläufer des baltischen Höhenzuges, von welchem man einen herrlichen Überblick über die Stadt bis zur Ostsee gewinnt. Nach dem Bauentwurfe soll daher darauf Bedacht genommen werden, daß die Stadthalle nicht höher gebaut würde, als dies unbedingt nötig sei, wobei natürlich den praktischen und baukünstlerischen Anforderungen Rechnung getragen werden muß.

Der große Saal mit den seitlichen Wandelgängen hat nach jenem Entwurfe 50 m Länge und 28,5 m Breite. Er bildet den Kern oder Hauptbaukörper, um den sich die Zugangs- und Vorräume, Erfrischungsräume usw. gruppieren. Die Ausführung ist selbstverständlich durchweg massiv gedacht. Ob sich an diesem großzügigen Unternehmen Staat, Provinz und Finanzleute beteiligen werden, sei dahingestellt. Der Bauplatz liegt in der Nähe des Hauptbahnhofes, stellt aber einen sehr hohen Wert dar, nämlich etwa 800 000 Mark. Rechnet man alle Werte zusammen, so wird an 2 Mill. ℳ. wenig fehlen, eine Summe, deren Verzinsung und Tilgung durch die Verpachtungserträge unmöglich gedeckt werden kann. Es fehlt daher auch nicht an Schwarzsehern, welche einen jährlichen Zuschuß von etwa 30 000 ℳ für nötig halten.

Es bleibt aber zu hoffen, daß das Unternehmen die weiteste Unterstützung finden werde, zumal Danzig eine Stadthalle unbedingt braucht, wenn man auch über ihre Größe und Ausstattung verschiedener Meinung sein kann.

H. Mankowski in Danzig.

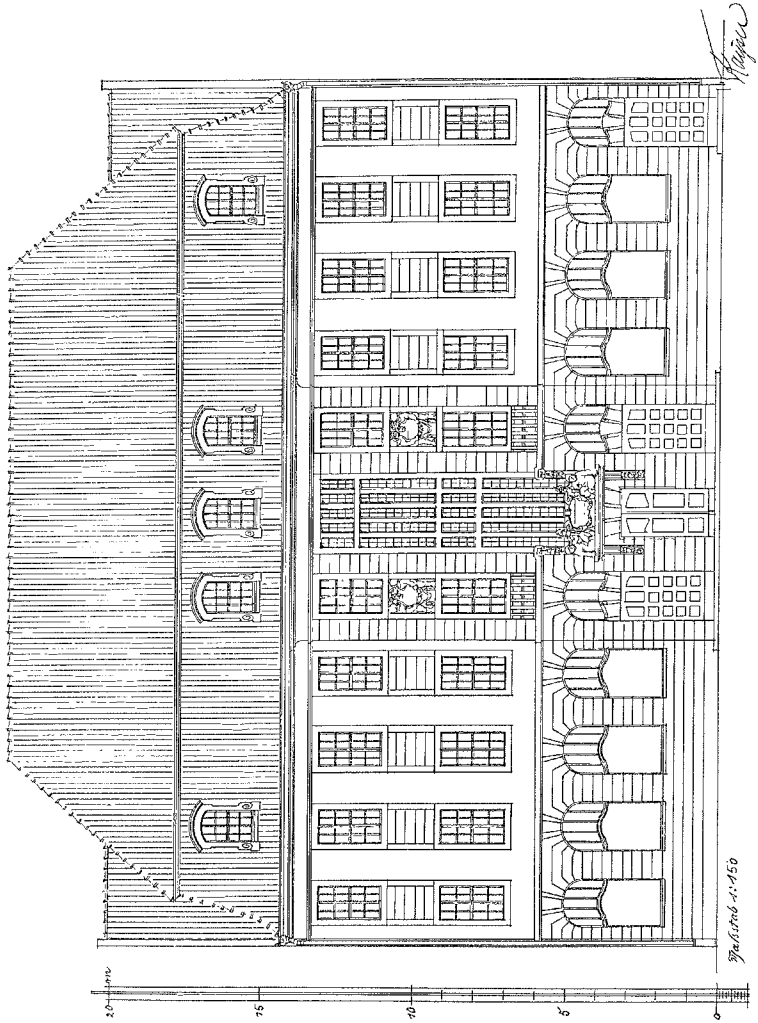
## Bericht über den Bezirkstag des Innungs-Bezirks-Verbandes Posenscher Baugewerksmeister am 15. u. 16. August d. J.

Der diesjährige Bezirkstag fand unter Teilnahme von ca. 160 Damen und Herren statt. Veranstaltet wurde u. a. die Besichtigung des Schlosses, des Domes, der Ausstellung, eine Rundfahrt durch die Stadt mit anschließender Wagenfahrt nach dem Eichwald, Frühstück und Festessen usw. Beide Tage verliefen recht befriedigend.

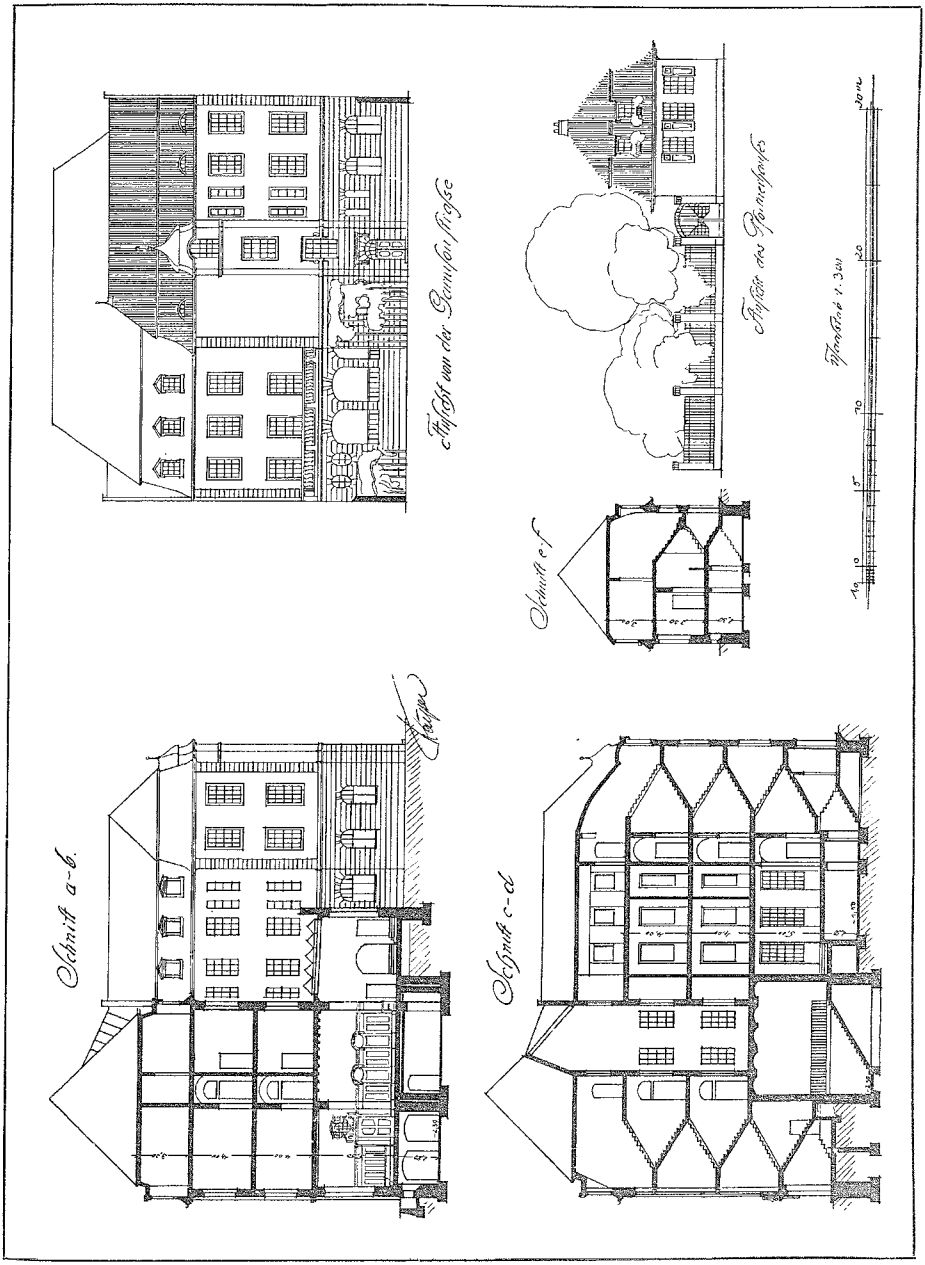
Die Verhandlungen, an denen Vertreter der Staatsregierung, des Magistrats Posen und der Handwerkskammer teilnahmen, wurden vom Vorsitzenden, Maurer- und Zimmermeister G. Kartmann-Posen, geleitet.

Nach Eröffnung und Begrüßung der Versammlung gab der Syndikus Dr. Adler den Geschäftsbericht über das verflossene Jahr wobei der Verstorbenen, besonders des entschlafenen allverehrten, früheren Vorsitzenden, Gustav Müller gedacht wurde. Darauf berichtete Dr. Adler über das Thema „Selbsthilfe im Baugewerbe gegenüber unzuverlässigen Unternehmern und privater Bautätigkeit beamteter Techniker". Die Einführung des ersten Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen haben bisher den Erwartungen nicht entsprochen, denn die Mißstände im Baugewerbe bestanden nach wie vor. Der zweite Teil des Gesetzes würde zwar Abhilfe schaffen, doch wäre seine Einführung wahrscheinlich mit einem vollkommenen Stillstand im Baugewerbe verbunden. In dieser Erkenntnis habe wohl auch der Herr Minister trotz vieler Eingaben von Handwerkskammern, großen Fachverbänden usw. vorläufig die Einführung des zweiten Teiles abgelehnt und auf die Selbsthilfe und den § 35 der Reichsgewerbeordnung und auf die diesbezüglichen Ministererlässe verwiesen. Überall arbeite man nun an der Beseitigung der unlauteren Elemente im Baugewerbe, auch in Stadt und Provinz Posen. Abgesehen aber von einigen wenigen Verboten habe sich doch das Untersagungsverfahren als sehr langwierig herausgestellt, doch dürfe man den Mut nicht sinken lassen, um erst mal einige Fälle energisch bis zum Schluß durchgeführt zu sehen. Das Posener Handwerk könne dem Polizeipräsidenten für sein tatkräftiges Vorgehen nur dankbar sein. Die Hauptsache aber sei, daß jeder Handwerker Material zur Verfügung stelle, um die unzuverlässigen Elemente zu beseitigen.

Aber auch die private Tätigkeit der beamteten Techniker und Baumeister sei dem selbständigen Baugewerbe sehr schädlich. Der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister habe bereits ent-




Geschäfts- und Wohnhaus. Architekt Kayser in Steglitz.




Geschäfts- und Wohnhaus. Architekt Kayser in Steglitz.

sprechendes Material gesammelt, das er dem Abgeordnetenhaus und den Ministerien vorlegen werde. Auch in Posen wird viel über die Privatarbeit der Baubeamten geklagt und die Versammlung beschloß darum nach längeren Verhandlungen, die Regierungspräsidenten und Magistrate zu bitten, den Baubeamten die Übernahme bautechnischer Privatarbeiten zu untersagen.

Handwerkskammer-Syndikus Poetschke berichtete darauf über den Gesetzentwurf betr. Versicherung der Privatangestellten, worauf folgende Resolution zur Annahme gelangte: „Der jetzt vorliegende Gesetzesentwurf und seine Begründung gestattet es nicht, die Frage zu prüfen, ob es nicht möglich ist, die geplante Versicherung der Angestellten, der das Handwerk prinzipiell zustimmt, an die bestehende Invaliditäts- und Altersversicherung anzugliedern. Es ist deshalb dringend erwünscht und notwendig, daß die Reichsregierung der Öffentlichkeit zunächst einschlägiges Material in dieser Frage unterbreitet".

Hierauf gaben die Obermeister der neun dem Bezirksverbande angeschlossenen Innungen Berichte über die Tätigkeit ihrer Innungen im verflossenen Geschäftsjahre.

Alsdann fand die Erledigung mehrerer innerer Angelegenheiten statt, wie Kassenbericht, Entlastung des Vorstandes, Etatsgenehmigung, Wahlen usw.

Folgende Anträge gelangten darauf zur Annahme: Man möchte bei der Staatsregierung dahin vorstellig werden, daß die sogenannten Sammelpositionen, die dem Baugewerbetreibenden eine genaue Kalkulation unmöglich machen, aus den technischen Vorschriften für die Ausführung der Staatsbauten verschwinden. Der Antrag soll auch auf dem im September in Regensburg stattfindenden Delegiertentage des Innungs-Verbandes Deutscher Baugewerksmeister gestellt werden. Ferner sollen die Handwerkskammern Posen und Bromberg ersucht werden, die Polizeibehörden und Distriktsämter zu bitten, bei Ausstellung von Invalidenkarten auf den Stand des betreffenden Inhabers mehr acht zu geben. Es würde jetzt mehrfach beobachtet, wie z. B. gewöhnliche Bauhilfsarbeiter Invalidenkarten als „Maurergeselle" vorzeigen. Endlich sollen die Herren Regierungspräsidenten zu Posen und Bromberg gebeten werden, die neuerdings eingeführte Einbehaltung der Kautionsgelder auf 5 Jahre wieder ändern zu wollen und sie wie früher auf 2 Jahre herabzusetzen.

Nach einem kurzen Bericht über die Verhandlungen mit der Provinzial-Feuersozietät betreffs Erhöhung der Gebühren für die Vertrauensmänner erstattete Dr. Adler einen längeren Bericht über die neue Reichsversicherungsordnung die von den Arbeitgebern nach ihrem vollen Inkrafttreten jährlich 118,5 Millionen mehr als früher fordere, mehr als 1 Milliarde Mark sei dann alljährlich für die soziale Versicherung in Deutschland aufzubringen.

An den darauf von Maurer- und Zimmermeister Jarecki gehaltenen Bericht über Bauhüchführung schloß sich eine längere Aussprache an, in der alle Redner einmütig zu dem Urteil kamen, daß die Führung eines Baubuches nach den jetzt bestehenden gesetzlichen Bestimmungen einfach unmöglich sei. Dieser Standpunkt soll auch auf dem Delegiertentage in Regensburg vertreten werden.

Nachdem als Delegierte für Regensburg die Innungen Gnesen und Pleschen ausgelost worden und die Regensburger Tagesordnung kurz besprochen worden war berichtete Dr. Adler kurz über die Arbeitgeberverbände in der Provinz Posen. Der Provinzial-Arbeitgeberbund für das Baugewerbe umfasse jetzt 27 Verbände mit ca. 460 Mitgliedern. Die Zeit des durch die Verträge gesicherten gewerblichen Friedens würde auf beiden Seiten zur Agitation fleißig ausgenutzt, auch einige Streiks seien durch Vertragsabschlüsse unter Leitung des Provinzialbundes beendet worden. Die Taktik der Arbeitnehmer gehe jetzt auf Verschmelzung aller am Bau beschäftigten Handwerker aus, die Maurer und Bauhilfsarbeiter hätten sich bereits vereinigt, der Anschluß der Stukkateure, Dachdecker und Steinmetzen stünde bevor. Daher müsse auch jeder Arbeitgeber an dem Ausbau seiner Organisation mit arbeiten helfen. Zwar wissen wir nicht, was uns beim Ablauf der Verträge 1913 bevorsteht, doch gerüstet müssen wir sein. Erfreulich und als ein Zeichen erkannter Notwendigkeit sei es, daß die Beiträge zum Wehrschatz, der nach Beschluß am 31. März 1913 eine Million Mark betragen soll, flott eingingen. Rüsten sei jetzt unser Losungswort.

Nach Erledigung mehrerer unbedeutender Angelegenheiten wurde dem Vorstand der Dank der Versammlung ausgesprochen und dieselbe geschlossen.

# Verschiedenes.

## Für die Praxis.

**Schutz des Eisens gegen Rauch.** Der immer schwefelsäurehaltige Rauch ist einer der schlimmsten Feinde aller Eisenkonstruktionen. Dies wurde neuerdings beim Auswechseln des Bohlenbelages einer eisernen Brücke auf dem Bahnhofe Weimar bestätigt gefunden. Es zeigte sich hier, daß die tragenden Balken der Konstruktion durch den Rauch der Lokomotiven vollkommen zerfressen waren. Etwas befremdlich an dem Bericht ist der Umstand, daß diese Tatsache scheinbar nur zufällig entdeckt worden ist, da man offenbar gar nicht die Absicht hatte, die Träger sondern nur die Bohlen auszuwechseln. Die in der Richtung nach Erfurt haltenden Züge haben nämlich immer mit ihrer Lokomotive unmittelbar unter den zerstörten Trägern gestanden und diese verräuchert. Die nicht dem Rauch ausgesetzten Balken befanden sich in gutem Zustande. Daß die vorliegenden Umstände dem leitenden Beamten entgangen sind, hätte doch recht leicht zu einem verhängnisvollen Zusammenbruch führen können.

Wir erinnern hierbei an ein in Amerika vielfach erprobtes Schutzmittel grade gegen die Einwirkungen des Rauches. Es besteht darin, daß die Konstruktionsteile in mehrfachen Lagen mit glattem Papier umhüllt werden, das an das Eisen mit gutem Leinöl angeklebt wird, so daß also eine Lage auf die andere geklebt wird. Die oberste Lage erhält schließlich noch den gewöhnlichen Schutzanstrich aus Ölfarbe. sz.

## Schulangelegenheiten.

**Städt. Baugewerkschule Bad-Sulza.** Bei der unter Vorsitz des Regierungskommissars und im Beisein zweier Vertreter der Handwerkskammer an der städtischen Baugewerkschule zu Bad-Sulza letzthin stattgefundenen Abgangsprüfung bestanden alle Prüflinge, einer von ihnen mit Auszeichnung. Das Wintersemester beginnt am 15. Oktober.

## Wettbewerb.

**Riga.** Zur Erlangung von Entwürfen und Skizzen für ein Vereins- und Mietshaus des Gewerbe-Vereins schreibt derselbe einen Wettbewerb mit Frist bis zum 1./14. März 1912 aus. An Preisen sind ausgesetzt: Ein 1. Preis von 3000 Rubel, ein 2. Preis von 2000 Rubel, ein 3. Preis von 1500 Rubel und ein 4. Preis von 1000 Rubel. Der Ankauf weiterer Entwürfe für je 750 Rubel ist in Aussicht genommen. Dem Preisgericht gehören an: Der Präses des Gewerbe-Vereins H. Frobeen, der Präses der Hauskommission M. Ohs, Architekt W. Bockslaff, Architekt, Professor O. Hoffmann und Architekt, Stadtbaurevident H. Mehlbart. Die Wettbewerbsunterlagen sind vom Intendanten des Gewerbe-Vereins, Gr. Königstraße 30, kostenlos erhältlich.

## Bücherschau.

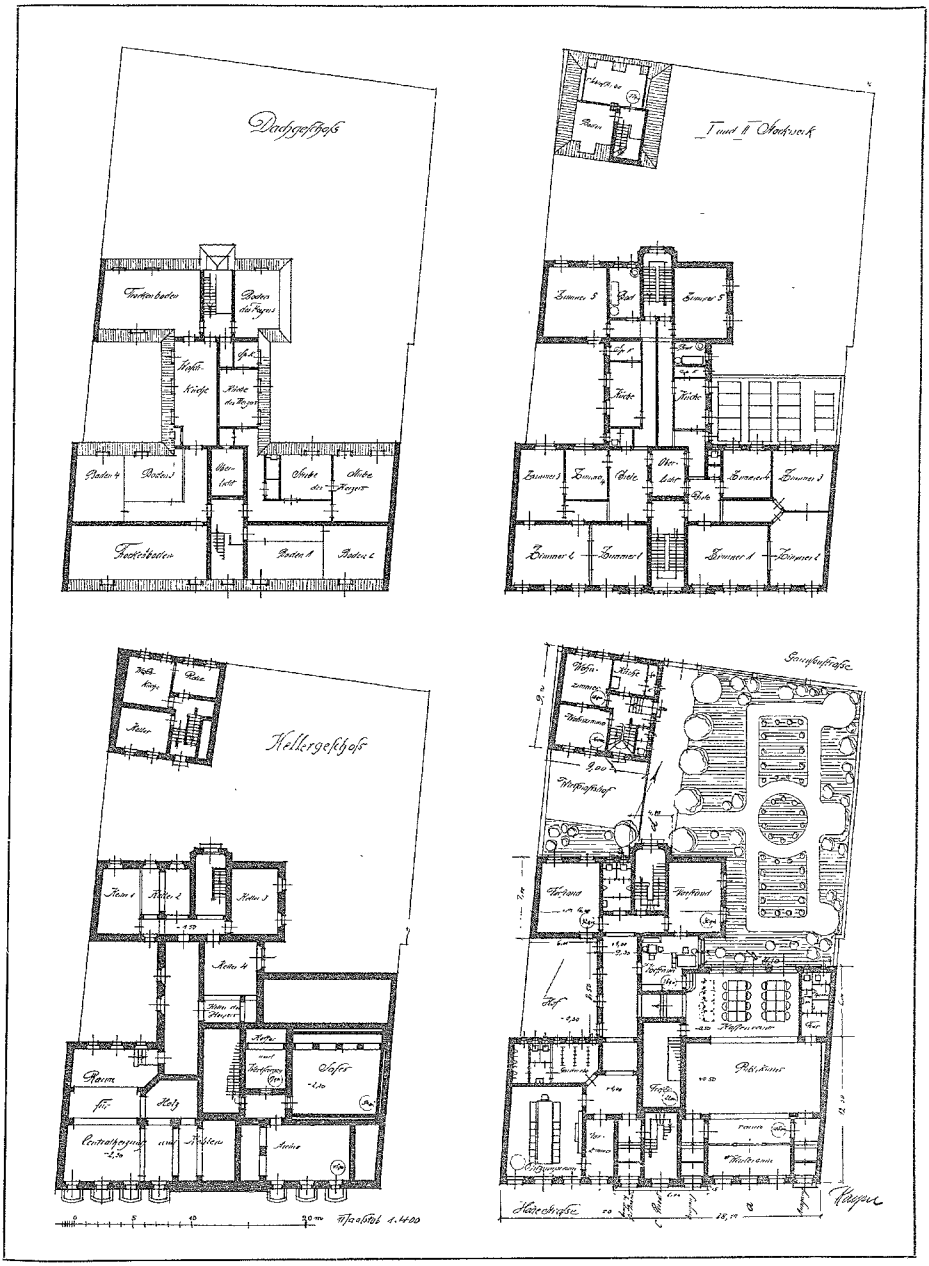
**Wo und wie baue ich mein Haus?** Wie richte ich es ein? Von Baldauf u. Pietzsch, Architekten. 8°. 180 S. mit 300 Abb. Preis 3,40 *M.* Verlag von H. A. Ludwig Degener in Leipzig.

Das Buch ist ein Lehrbuch und, wie aus einigen — sonst unverständlichen — Textstellen (Seite 18 und 109) hervorgeht, als Leitfaden für den Unterricht in „bürgerlicher Baukunde" von Baugewerkschulen verfaßt. Es behandelt die Regeln für eine zweckmäßige Anwendung der Anfbau- und Konstruktionsbestandteile des kleinen Einfamilienhauses, die es unter folgenden Hauptgesichtspunkten entwickelt: 1. Lage und Beschaffenheit der Baustelle. — 2. Stellung des Hauses zur Straße und den Himmelsrichtungen, seine Grundform, Höhe, Dachgestaltung; Wahl und richtige Anwendung der Baustoffe; Durchbildung einzelner Bauteile; Einrichtung und Hausgerät — 3. Umwehrung der Baustelle. — 4. Grundrißentwicklung. — 5. 12 Anwendungsbeispiele mit Kostenüberschlag. — 6. Baupolizeiliche Vorschriften und Begriffe.

Die Verfasser haben hier eine durchaus selbständige Arbeit geliefert, aus eigenem Können — nicht aus anderen Büchern — geschöpft und damit die Literatur auf diesem Gebiete wirklich bereichert. Die Durcharbeitung des Stoffes und die Fülle von Originalzeichnungen verdienen volle Anerkennung, wenn auch im Text einige zu starke Satzkürzungen stören und die Klarheit einiger Abbildungen (z. B. 126, 138) unter den durchgezogenen Maßlinien leidet. — Als Lehrmittel wird das Buch sicher treffliche Dienste leisten, aber auch als Ratgeber für jeden Bauausführenden und jeden Bauherrn sich gut bewähren.

## Der Arbeitsmarkt im Monat Juli 1911.

Wie das „Reichsarbeitsblatt" meldet, hat sich nach den Berichten der Industrie die Lage des Arbeitsmarkts im Juli zumeist auf der Höhe des Vormonats gehalten, einige große Gewerbe, die um diese Jahreszeit ihre stille Zeit haben, weisen einen Rückgang auf. Das Baugewerbe hatte gut zu tun. Die Betriebe sind im allgemeinen alle gut beschäftigt, eine Besserung hat vielfach stattgefunden, da durch die gün-




Geschäfts- und Wohnhaus. Architekt Kayser in Steglitz.

stige Jahreszeit mit der Erstellung vieler neuer Bauten begonnen werden konnte. Nur aus Hamburg wird über sehr flauen Geschäftsgang berichtet, der sich gegen den Vormonat erheblich verschlechtert hat, da eine übermäßig große Anzahl leerstehender Wohnräume vorhanden ist. Die Folge ist ein außergewöhnliches Überangebot von Arbeitskräften.

In den Ziegeleien war die Beschäftigung größtenteils gut, doch mußten manche Ziegeleien auf Vorrat arbeiten. Es herrschte Mangel an inländischen Arbeitskräften, dem durch Einstellung von Ausländern abgeholfen werden konnte. Auch die Zement- und Steingutindustrie hatte gut zu tun.

In Fensterglas hat die Beschäftigung im Juni-Juli in allen Bezirken gegen die Vormonate nachgelassen. Trotzdem arbeiteten einzelne Werke nicht auf Lager, weil die Zeit der besseren Beschäftigung etwas nachwirkte, außerdem auch hier die ungewöhnliche Hitze die Herstellung erheblich stark beeinträchtigte. Die Sägewerke waren ausreichend beschäftigt.

Der Geschäftsgang in der Tapetenindustrie war entsprechend der Jahreszeit zufriedenstellend, wenn auch schwach.

Nach der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise kamen, soweit Berichte vorliegen, im Baugewerbe auf 100 offene Stellen im Juli 1911 118 Angebote männlicher Arbeitskräfte, gegen 125 im Juni 1911 und 137 im Juli 1910. Weibliche Arbeitskräfte waren 225 bzw. 36 bzw. 53 angeboten.

Im Juni 1911 hatte Groß-Britannien eine Zunahme der Beschäftigung in der Tonwarenindustrie zu verzeichnen, in den meisten andern Industrien war eine Abschwächung zu verzeichnen. In Frankreich war die Beschäftigung im Baugewerbe noch immer reichlich. In den Niederlanden traten im Baugewerbe die ersten Anzeichen einer Abnahme der im allgemeinen noch ausreichenden Beschäftigung ein. In Österreich fehlten Tagelöhner im Baugewerbe.

# Handelsteil.

## Zement.

**Aus der oberschlesischen Zementindustrie** wird der „Schles. Ztg." geschrieben: Vielfach ist in öffentlichen Blättern neuerdings über Preiserhöhungen auf dem oberschlesischen Zementmarkte gesprochen und es sind sogar angebliche „genaue" Ziffern in dieser Beziehung genannt worden. Tatsächlich handelt es sich nur darum, daß seit dem mit Anfang dieses Jahres erfolgten Anschluß der bis dahin außenstehenden Werke an den alten Oberschlesischen Verband überall da, wo nicht ausdrückliche Lieferungsverpflichtungen zu den früheren verlustbringenden Preisen vorlagen, die Zentralverkaufsstelle zu Oppeln sich bemüht hat, den Preis etwas zu heben. Leider sind aber die Vorverkäufe aus den Zeiten des scharfen Konkurrenzkampfes derart groß und umfassen mehr als $^7/_8$ des gesamten Absatzes für 1911, daß nur in geringerem Umfange die bisherigen kleinen Preissteigerungen zur Geltung gelangen können. Hierzu kommt der Umstand, daß in dem schlesischen Absatzgebiete Mitteldeutschlands wegen des freien Wettbewerbes der Berliner Werke die Preise bis jetzt noch keinerlei Zeichen einer Besserung zeigen. — Nach unseren Informationen werden die Dividenden der Zement-Aktiengesellschaften Schlesiens für 1911 in keinem Falle höher, hier und da eher noch niedriger ausfallen als für das vergangene Jahr. Der Absatz selbst ist infolge der alten billigen Verkaufspreise und der für Bauten günstigen Witterung etwas gestiegen. Die Steigerung ist speziell im Hochsommer plötzlich eingetreten, so daß bei dem im Sommer herrschenden Mangel an geeigneten Arbeitskräften es leider nicht einmal möglich war, einige bei manchen Werken noch stilliegende Produktionsanlagen in Betrieb zu setzen. — In der Nähe der schlesischen Grenze sollen auf österreichischem Gebiete, und zwar bei Trzebinia und bei Mähr.-Ostrau, wieder Neubauten von Zementfabriken geplant sein. Es muß immer von neuem darauf hingewiesen werden, wie notwendig die endliche Einführung eines deutschen Schutzzolles auf Zement erscheint, denn während Österreichs Zementindustrie durch einen Zoll von über 1,50 ℳ für das Faß Zement sich gesichert fühlt, können die an der schlesischen Grenze gelegenen österreichischen Zementfabriken ihr Produkt auf Grund des noch bestehenden Handelsvertrages zollfrei in das Hauptabsatzgebiet der oberschlesischen Werke, nach Oberschlesien, einführen. — Trotz dieser ungünstigen Lage, und obwohl die Folgen des letzten mehrjährigen Konkurrenzkampfes innerhalb der schlesischen Portlandzementindustrie sich noch überall geltend machen, sind auch in Schlesien schon wieder Geschäftemacher am Werk, um Neugründungen innerhalb Oberschlesiens zu veranlassen. Dem Schreiber dieses liegt ein diesbezüglicher Prospekt vor, gemäß welchem irgend ein Geländebesitzender in Oberschlesien sein 106 Morgen großes Ackerland mit alten Wohngebäuden zum Preise von 500 000 ℳ an eine neu zu gründende Zementfabrik-Aktiengesellschaft verkaufen möchte. Zu diesem Zwecke werden dem Prospektleser alle möglichen und unmöglichen Dinge erzählt, u. a. die unwahre Behauptung aufgestellt: „Bei den letzten Oppelner Zementfabrikgründungen wurden die Grundstücke mit 5000 bis 5400 ℳ pro Morgen eingebracht." Um dem Publikum über Rentabilität von Zementfabriken etwas sagen zu können, wird in dem Projekt auf den letztjährigen Bericht der Schimischower Portlandzementfabrik und Kalkwerke Bezug genommen, die ihren Hauptgewinn aus Kalk ziehen und 7 v. H. Dividende verteilt haben. An diesen Bericht wird dann ganz flott die Bemerkung geknüpft: „Es ist diese Veröffentlichung gewiß vertrauenerweckend für die ganze Zementindustrie." Es soll also dem Publikum gegenüber der Glaube erweckt werden, als ob 7 v. H. Dividende etwa das Normale in der Rentabilität der oberschlesischen Zementindustrie heute bei schlechten Zeiten noch wäre, es wird aber eben verschwiegen, daß von den reinen Zementfabriken, d. h. solchen, die keine Kalkwerke besitzen, eine Reihe Gesellschaften dividendenlos sind, und andere große Werke, z. B. Groschowitz und Giesel, gerade noch 1 v. H. Dividende zahlen konnten. — Die Rentabilitätsberechnung der neu zu gründenden Fabrik geht, wie gewöhnlich, wieder von der Ansicht aus, als ob sofort nach Inbetriebsetzung die gesamte Produktion des neuen Werkes auch mit Sicherheit verkauft würde. Als Mindestpreis bei Verkauf wird 3,75 ℳ pro Faß ausschließlich der Emballage, welche doch immerhin mit etwa 1 ℳ bewertet werden muß, angenommen, während die heutigen Durchschnittsverkaufspreise der schlesischen Werke etwa 3,25 ℳ einschließlich Emballage betragen. Danach müßte also, trotz der neuen Konkurrenz und trotz des nach der Gründung des neuen Werkes doch in Aussicht stehenden neuen Konkurrenzkampfes, eine Preiserhöhung von 1,50 ℳ pro Faß erfolgen.

## Holz.

**Der ost- und norddeutsche Holzmarkt** war in der letzten Zeit recht belebt. Bei den Sägewerksbesitzern bricht sich immer mehr die Ansicht Bahn, daß die Festigkeit auf dem Rohholzmarkt eher zu — als abnehmen kann. Die Holzzufuhr aus Rußland stockt infolge des Wassermangels fast ganz, und abgesehen davon, daß die unterwegs befindlichen Transporte den deutschen Markt vielleicht nicht mehr erreichen werden, besteht noch die Gefahr, daß das Holz verdirbt. Die russischen Holzeinführer, die früh angekommenes Holz besitzen, stellen nun recht hohe Forderungen und bekommen diese auch schlank bewilligt. — Auch auf dem Weichselmarkt herrschte eine starke Belebung; von verschiedenen norddeutschen Werken sind erhebliche Käufe in Rundkiefern getätigt worden. Die Einfuhr hat in der zweiten Augusthälfte auch erheblich nachgelassen. — Nach Mauerlatten herrschte rege Nachfrage, die jedoch nicht befriedigt werden konnte. Das Angebot ist äußerst schwach, da wegen Wassermangel die Zufuhren besonders aus Wolhynien ausbleiben. — Das Schwellenholzgeschäft ist lebhaft; die Verdingung des Eisenbahnzentralamtes in Berlin brachte die erwarteten höheren Preise entsprechend der allgemeinen Wertsteigerung des Rundholzes.

## Eisen.

**Am oberschlesischen Stabeisenmarkte** sind Bestrebungen im Gange, eine Interessengemeinschaft einiger Stabeisenwerke herzustellen und zwar ist beabsichtigt, dadurch eine Verminderung der Herstellungskosten herbeizuführen, da an eine wirksame Preisaufbesserung gegenwärtig doch nicht zu denken ist.

## Verschiedenes.

**Cocosfaser** als Füll- und Bindestoff für Gipsdielen, Rolldecken und für Stuckzwecke. Für einen Teil der geschlossenen Ware ist Nichterfüllung angemeldet, neue Kontrakte sind mangels Ware nicht zu schließen.

Helle Faser. Keir. Umsatz, Marktlage unverändert.

Ludolph Struve u. Co.

## Geschäftsberichte.

**Schlesische Dachsteinfabriken vorm. G. Sturm in Freiwaldau.** Wie die Verwaltung mitteilt, ist der Geschäftsgang z. Z. befriedigend, doch läßt sich noch nicht sagen, ob die Mittel der Gesellschaft die Ausschüttung einer Dividende gestatten werden.

## Grundstücks- und Hypothekenmarkt.

**Berlin.** (Wochenbericht des Vereins Berliner Grundstücks- und Hypotheken-Makler.) Auch in dieser Woche können wir nur von einer weiteren Geschäftslosigkeit des Hypothekenmarktes berichten, an dem eine Verteuerung des Geldes zu bemerken ist.

Notiert wurden: Pupillarisch erststellige Eintragungen 4 v. H., sonstige feine Anlagen $4^1/_8$—$4^1/_4$—$4^3/_8$ v. H., Institutsgelder $4^1/_4$—$4^1/_2$ v. H., Vorortshypotheken $4^1/_2$—$4^5/_8$ v. H., Baugelder 5—$5^1/_2$ v. H., zweite Stellen in bester Lage hinter niedrigen Eintragungen $4^3/_4$—5 v. H., sonstige Appoints $5^1/_2$—6 v. H., Institutsgelder bedingen 1—$2^1/_2$ v. H. Abschlußprovision.

Ein größeres Terrain an der Greifswalder Straße, sowie Baustellen in Tempelhof (Baumschulenweg) und Groß Lichterfelde gingen in andere Hände über. An Hausverkäufen wurden solche in der Courbière- und Steinstraße, Kaiserin-Augusta-Allee, sowie in Friedenau (Hackerstraße) und Treptow bekannt.